



Arbeitskreis  
Religionsfreiheit – Menschenrechte –  
Verfolgte Christen  
Deutsche Evangelische Allianz



# AKREF-Nachrichten vom 22.03.2024 bis 29.03.2024

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen  
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch ( [redaktion@akref.de](mailto:redaktion@akref.de) )

## Inhaltsverzeichnis

Hongkong: Neues Gesetz weckt Besorgnis über chinesische Einflussnahme	3
Indien: Angriffe auf Christen nehmen zu, während der Hindu-Nationalismus wächst	4
Indien: Hindutva-Ideologie verletzt die in der Verfassung verbrieft Religionsfreiheit	7
Indien: Verfolgung von Christen eskaliert	8
Kenia: Muslimische Extremisten töten christlichen Konvertiten	10
Laos: Hauskirche in Laos wiedereröffnet, da Bezirksbeamte Christen durch Durchsetzung des Gesetzes unterstützen	11
Nicaragua: Inhaftierte Christinnen fürs Beten bestraft	12
Nicaragua: Pastoren inhaftiert, christliche Organisationen aufgelöst	13
Nigeria: Die Schreckensbilanz der letzten Woche (Vgl. die Nachrichten der letzten Wochen)	14
Pakistan: Christ seit 22 Jahren wegen "Blasphemie" in der Todeszelle	15
Pakistan: Entführte und Zwangskonvertierte und-verheiratete Maira wartet immer noch auf Rechtsprechung	17
Pakistan: Oberstes Gericht lässt Christen hoffen	18
Pakistan: Zwei christliche Abwasserarbeiter sterben wegen fehlender Sicherheitsausrüstung	19
Russland: Strafverfolgung älterer Zeugen Jehovas wegen „Extremismus“	20
Sudan: Christliche Schule für Flüchtlinge aus dem Sudan	21

# Hongkong: Neues Gesetz weckt Besorgnis über chinesische Einflussnahme

International Christian Concern - Hongkong hat am 19. März ein umstrittenes Sicherheitsgesetz, Artikel 23, verabschiedet, das in der Bevölkerung Besorgnis wegen seiner Reichweite und Strenge hervorruft. Das Gesetz sieht harte Strafen bis hin zu lebenslanger Haft für Verrat, Aufruhr oder jegliche Bedrohung der chinesischen Souveränität vor. Außerdem kann die Polizei einen Verdächtigen ohne Anklage 14 Tage lang festhalten, zusätzlich zu den regulären 48 Stunden.

Religiöse Führer in Hongkong sind besorgt über die Auswirkungen dieses Gesetzes auf christliche Praktiken und Zeremonien und forderten Ausnahmeregelungen im Gesetz für christliche Leiter und Kirchenrituale.

Die Besorgnis über den wachsenden Einfluss Chinas in Hongkong nimmt weiter zu.

Ein Gericht in Hongkong hat kürzlich 12 Personen zu Haftstrafen von bis zu sieben Jahren verurteilt, weil sie während der Pro-Demokratie-Proteste 2019 randaliert hätten. Nach Angaben von ICC-Mitarbeitern sind immer noch Tausende Hongkonger Bürgerinnen und Bürger wegen der Proteste von 2019 festgehalten und inhaftiert, wobei fast die Hälfte von ihnen Christen sind.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

# Indien: Angriffe auf Christen nehmen zu, während der Hindu-Nationalismus wächst

Die Kirche kämpft gegen Vorwürfe von Zwangsbekehrungen und sieht sich mit eskalierenden Drohungen, falschen Verhaftungen und Angriffen auf ihre Einrichtungen konfrontiert, berichtet die Evangelical Fellowship of India.

IIRF-D/CT/Tübingen/28.03.24 – Mit einem Bericht von [Surinder Kaur](#) und Jayson Casper vom 25. März 2024 zeigt Christianity Today die stets wachsende Not der indigenen Christen, vorwiegend gegen Konvertiten in jungen Kirchen, auf:

»Die Zahl der gewalttätigen Angriffe auf Christen in Indien ist im Jahr 2023 auf 601 gestiegen, verglichen mit 413 im Vorjahr, so ein [neuer Bericht](#) der Religious Liberty Commission (EFI-RLC) der Evangelical Fellowship of India (EFI).

"Trotz des verfassungsmäßigen Schutzes und Indiens langjähriger Tradition religiöser Vielfalt hat die Zunahme spaltender Rhetorik und hetzerischer Sprache, die von offiziellen Kanälen oft geduldet oder unzureichend thematisiert werden, Teile der Gesellschaft ermutigt, Gewalttaten und Diskriminierung gegen religiöse Minderheiten, insbesondere Christen und Muslime, zu begehen", sagte Vijayesh Lal, Generalsekretär der EFI.

In Indien leben etwa 28 Millionen Christen, das sind etwa [zwei Prozent](#) der 1,4 Milliarden Einwohner des Landes. Die Mehrzahl der Angriffe auf Christen wurde als Bedrohung und Belästigung eingestuft (201), gefolgt von 146 Fällen falscher Anschuldigungen und anschließenden Verhaftungen.

Der Bericht von EFI-RLC hebt mehrere besorgniserregende Trends hervor, darunter regionale Krisenherde, die sich vor allem auf den nördlichen Teil der Nation konzentrieren, wo die Gewalt gegen Christen besonders schwerwiegend ist. Uttar Pradesh, Indiens größter Bundesstaat und ein bedeutendes politisches Schlachtfeld, verzeichnete mit 275 die höchste Zahl an Vorfällen. Der Staat ist auch führend bei Verhaftungen von Pastoren und Gläubigen, oft aufgrund von Vorwürfen der Zwangsbekehrung, obwohl es keine stichhaltigen Beweise gibt.

Chhattisgarh, ein Bundesstaat in Zentralindien, ist eine weitere Brutstätte [gezielter Gewalt](#) gegen indigene Christen. Es gab 132 Vorfälle von koordinierten Angriffen sowie mehrere *Ghar Wapsi* ("Heimkehrprogramme" zur Rückbekehrung zum Hinduismus oder zum Glauben der Vorfahren) und Ausgrenzungsvorfälle, die nicht aufgezeichnet werden.

In Haryana, einem Binnenstaat im Norden Indiens, in dem Christen 0,02 Prozent der 25 Millionen Einwohner ausmachen, gab es 44 Fälle, was auf ein weit verbreitetes Muster gezielter Gewalt gegen die christliche Gemeinschaft in verschiedenen Regionen Indiens hindeutet.

Der Bericht folgt und untermauert das Narrativ der [World Watch List 2024](#), die Anfang des Jahres von Open Doors veröffentlicht wurde und Indien auf Platz 11 einstuft, wobei [auf den anhaltenden Aufstieg des Hindu-Nationalismus](#) hingewiesen wird:

*Jeder Christ, der vom Hinduismus konvertiert, gerät höchstwahrscheinlich unter starken Druck oder sogar unter Gewalt. Sie können ständigem Druck ausgesetzt sein, ihrem neuen Glauben abzuschwören, mit Arbeitsplatzverlust/Diskriminierung konfrontiert zu sein, körperliche Übergriffe zu ertragen und sogar ermordet zu werden. Auch Kirchenführer sind in vielen Teilen Indiens in Gefahr: Extremisten nehmen sie (und ihre Familien) ins Visier, um Angst und Chaos in der christlichen Gemeinschaft zu stiften.*

In der Liste wird auch darauf hingewiesen, dass sich die Angriffe auf christliche Häuser im Vergleich zum Bericht von 2023 auf 180 verdoppelt haben, die Zahl der Todesopfer um das Neunfache auf 160 gestiegen ist und die Angriffe auf Kirchen und christliche Schulen von 67 auf 2.228 gestiegen sind. Viele dieser Zuwächse waren auf [die tödlichen Anschläge in Manipur](#) im vergangenen Mai zurückzuführen.

## [Indischer Staat kriminalisiert Gebete für Kranke](#)

Ein vorgeschlagenes Verbot von "magischen Heilungen" ist die jüngste Initiative der Regierung, die auf die christliche Praxis und Evangelisation in Assam abzielt.

Diese Berichte kommen Wochen, nachdem das [United Christian Forum](#) (UCF) bekannt gegeben hat, dass es zwischen dem 1. Januar und dem 15. März dieses Jahres 161 Vorfälle von Gewalt gegen Christen dokumentiert hat. Die UCF gibt an, dass die Daten von ihrer gebührenfreien Hotline gesammelt wurden und dass nach den verfügbaren Informationen 161 Christen, darunter 122 Pastoren, trotz fehlender Beweise wegen des Vorwurfs der erzwungenen religiösen Konversion verhaftet wurden.

### Falsche Anschuldigungen und umstrittene Konversionen

Hindu-Nationalisten haben Christen häufig und fälschlicherweise der Zwangsbekehrung unter Zwang beschuldigt und diese Behauptungen als Vorwand für Gewalt benutzt. Obwohl Aktivisten [diese](#) Behauptung als unbegründet zurückgewiesen haben, schüren diese Anschuldigungen [weiterhin](#) Gewalt und Diskriminierung gegen Christen, insbesondere gegen gefährdete Gruppen wie Dalits, Adivasis und Frauen.

"Das Schreckgespenst der Bekehrung ist sehr bequem und wird weitgehend missbraucht, um die christliche Gemeinschaft in Staaten ins Visier zu nehmen, in denen diese Gesetze in Kraft sind, und in Staaten, in denen diese Gesetze nicht existieren, gelten sie als in Kraft und verursachen die gleichen Schikanen", sagte Lal.

Die Bekehrung von Angehörigen niedrigerer Kasten, einschließlich der Dalits, weg vom Hinduismus – einer traditionell nicht missionierenden Religion – hin zu missionierenden Religionen, insbesondere dem Christentum, ist in Indien ein umstrittenes politisches Thema. Etwa die Hälfte der Inder befürwortet laut einem Bericht des Pew Research Center aus dem Jahr 2021 ein gesetzliches Verbot religiöser Konversionen.

### [Wer schränkt die Religion mehr ein, die Politiker oder das Volk? Pew hat die globalen Daten ausgewertet.](#)

Der Jahresbericht bewertet 198 Nationen und Territorien, von denen 9 von 10 Glaubensgemeinschaften belästigen. China und Nigeria schneiden am schlechtesten ab.

Bis heute haben 10 der 28 indischen Bundesstaaten [Anti-Konversionsgesetze in Kraft](#): Odisha, Madhya Pradesh, Chhattisgarh, Gujarat, Jharkhand, Himachal Pradesh, Uttar Pradesh, Uttarakhand, Karnataka und Haryana. All dies sind mehrheitlich hinduistische Staaten, und 6 der 10 werden von der hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP) regiert. Der Bundesstaat Arunachal Pradesh hat ein Antikonversionsgesetz [entworfen, was aber nie in Kraft gesetzt wurde](#). Rajasthan's Versuche in den Jahren 2006 und 2008 scheiterten [vor der endgültigen Genehmigung](#). Tamil Nadu verabschiedete 2002 ein Antikonversionsgesetz, das jedoch [widerrufen](#) wurde nach Protesten.

Selbst wenn es in Staaten keine Antikonversionsgesetze gibt, gibt es brutale Konsequenzen für diejenigen, die angeblich Hindus, Stammesangehörige oder Angehörige eines anderen Glaubens missioniert haben. EFI-RLC berichtete von einem Pastor und anderen, die während einer Gebetsversammlung im Jahr 2023 im Bundesstaat Maharashtra brutal angegriffen wurden, nachdem Extremisten sie religiöser Konversionsaktivitäten beschuldigt hatten. Ähnliche Vorfälle wurden aus anderen Teilen des Landes gemeldet, wo christliche Einrichtungen und Einzelpersonen gewalttätigen Übergriffen und [Schikanen ausgesetzt waren](#).

Der Bericht hebt einen Vorfall hervor, der sich im März 2023 in Jodhpur, Rajasthan, ereignete, als eine Gruppe hinduistischer Extremisten während eines Gottesdienstes in eine Kirche eindrang und 250 Christen einsperrte. Dann verhörten sie sie über Bekehrungen, zerrissen Bibeln und griffen 10 Menschen an.

### "Das Potenzial, anzustacheln"

Über die direkte Gewalt hinaus hebt der Bericht umfassendere strukturelle Veränderungen hervor, die die Rechte und das Wohlergehen religiöser Minderheiten bedrohen, [einschließlich der Präsenz](#) der Hindutva-Ideologie in der öffentlichen Bildung. EFI-RLC befürchtet "Infiltration und Manipulation durch rechtsextreme politische Gruppierungen, die mit den Präferenzen des aktuellen Regimes übereinstimmen".

EFI-RLC stellte auch fest, dass die BJP-Gesetzgeber begonnen haben, ein langjähriges Wahlversprechen einzulösen, ein einheitliches Zivilgesetzbuch (UCC) einzuführen, das darauf abzielt, dass ein Gesetz Angelegenheiten wie Eheschließung, Scheidung, Erbschaft und Adoption im Bundesstaat regelt, anstatt unterschiedliche Gesetze für verschiedene Religionsgemeinschaften zu erlassen.

### [Hilft Naming and Shaming der Sache der indischen Christen?](#)

Lokale und internationale Aktivisten diskutieren darüber, dass die Stimme der Märtyrer den Status der Religionsfreiheit des Landes auf eine "restriktive Nation" ausweitet.

Obwohl die Verfassung besagt, dass die Regierung auf die Einführung eines UCC im ganzen Land hinarbeiten sollte, "könnte ein solcher Kodex möglicherweise den rechtlichen Schutz und die positiven Maßnahmen untergraben, die diesen Minderheiten in der indischen Verfassung gewährt werden", heißt es in dem Bericht. (Diese Änderung wurde kürzlich in der [Bundesstaat Uttarakhand](#) eingeführt.)

Der Bericht verweist auch auf die Absichten anderer Bundesstaaten wie Uttar Pradesh, Assam und Chhattisgarh, im Jahr 2024 ähnliche Gesetze zu erlassen. Obwohl sie einräumt, dass die Details dieser Gesetze unklar bleiben, könnten solche Gesetze, so behauptet sie, die von der Verfassung garantierten Rechte der Christen auf freie Bekenntnisse, Ausübung und Verbreitung ihres Glaubens behindern.

"Diese Gesetze und Erklärungen haben das Potenzial, nichtstaatliche Akteure und Bürgerwehren dazu anzustiften, religiöse Minderheiten einzuschüchtern und anzugreifen, was die Spannungen verschärft und die soziale Harmonie bedroht", heißt es in dem Bericht.

### **Bevorstehende Wahlen**

Die siebenstufigen nationalen Wahlen in Indien beginnen am 19. April und enden am 4. Juni. Die BJP-Partei von Premierminister Narendra Modi gewann die letzten beiden Wahlen 2014 und 2019. Sie hoffen, die dritte Wahl in Folge zu gewinnen, und aktuelle Umfragen [deuten darauf hin, dass](#) sie auf dem besten Weg sind, fast 70 Prozent der Sitze in der Lok Sabha, der unteren Parlamentskammer Indiens, zu gewinnen.

Anfang des Monats wurde der Vorsitzende von INDIA (Indian National Developmental Inclusive Alliance), einer Koalition von 26 Parteien, die die BJP herausfordern, [inhaftiert](#). Rahul Gandhi, Parlamentsabgeordneter des Indischen Nationalkongresses, der größten Oppositionspartei, und Enkel von Indiens drittem Premierminister Indra Gandhi, wurde in einem Verleumdungsfall zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, weil er sich über Personen mit dem Nachnamen Modi geäußert hatte.

EFI ist besorgt über die Politik und das Vorgehen der nationalen Führung der BJP und appelliert an die indische Regierung und die staatlichen Verwaltungen, religiöse Minderheiten zu schützen und die Rechtsstaatlichkeit aufrechtzuerhalten, insbesondere in Bundesstaaten wie Uttar Pradesh, Chhattisgarh, Haryana, Karnataka und Madhya Pradesh.

"Als Christen beten wir für unsere Nation, unsere Führer und Mitbürger. Niemand sollte wegen seines Glaubens ins Visier genommen oder verfolgt werden. Die Normalisierung des Hasses wird uns nur zurückwerfen und am Ende allen schaden", sagte Lal. "Unsere verfassungsmäßigen Werte sind wunderschön und es lohnt sich, ihnen zu folgen, und wir beten, dass diese Werte von Gerechtigkeit, Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit im Leben eines jeden Inders wahr sein werden. Nur dann können wir eine geeinte und widerstandsfähige Nation sein." «

Quelle: [www.christianitytoday.com/news/search](http://www.christianitytoday.com/news/search)

# Indien: Hindutva-Ideologie verletzt die in der Verfassung verbrieft Religionsfreiheit

IIRF-D/ADF/Tübingen/22.03.24 - 249 Kirchen wurden im Bundesstaat Manipur (Indien) im Mai 2023 innerhalb von nur 36 Stunden zerstört.

Im gesamten Jahr 2023 wurden in ganz Indien um die 700 gewaltsamen Übergriffe gegen Christen gezählt.

Damit belegt Indien Platz 11 auf dem Weltverfolgungsindex.

Was aber ist der Grund für diese Gewalt gegen Christen in Südasien?

In dem letzten IMPACT-Magazin hat Tehmina Arora, Leiterin der Rechtsabteilung in Asien, die schwierige Situation in der Region erklärt. Hier das Interview in Auszügen.

## **Können Sie uns erklären, woher die Gewalt gegen Christen und andere religiöse Minderheiten kommt?**

In Südasien ist die Gewalt oft ein Ergebnis von religiösem Nationalismus. Speziell in Indien ist der grundlegende Faktor die sogenannte Hindutva-Ideologie. Diese Ideologie kommt in den 1920er Jahren erstmals zur Sprache und leitet sich aus dem hinduistischen Nationalismus ab.

Im Gegensatz dazu ist die Religion des Hinduismus sehr friedlich und grundsätzlich nicht intolerant anderen Religionen gegenüber.

Die Hindutva-Ideologie verweigert jedoch Muslimen und Christen die volle Staatsbürgerschaft mit der Begründung, dass ihr heiliges Land nicht innerhalb Indiens Grenzen liegt. Das Ziel dieser Ideologie ist es, Indien zu einer reinen Hindu-Nation zu machen.

Dadurch werden Christen, Muslime und andere religiöse Minderheiten grundsätzlich diskriminiert und sind oft auch viel Gewalt ausgesetzt.

## **Ist die Religionsfreiheit in Indien oder anderen Ländern der Region nicht durch die Verfassung geschützt?**

Doch, die indische Verfassung und die anderer Länder, wie Sri Lanka oder Bangladesch, schützen die Religionsfreiheit jedes Einzelnen. Die indische Verfassung schützt auch explizit „die Gewissensfreiheit und das Recht, sich frei zu einer Religion zu bekennen, sie auszuüben und zu verbreiten, vorbehaltlich der öffentlichen Ordnung, Sittlichkeit und Gesundheit“ (Indische Verfassung, Artikel 25).

Daher fragen wir uns: Wie kann es sein, dass Christen und religiöse Minderheiten dennoch verfolgt werden, ohne dass der Staat dies aktiv verhindert?

Die meisten Verfassungen in Südasien schützen die Religionsfreiheit und das Recht, den Glauben frei zu wechseln. Die einzige Ausnahme sind die Malediven.

Dort bestimmt die Verfassung den Islam als Staatsreligion und die Bürger müssen Muslime sein. Das Gesetz verbietet dort jedwede Verbreitung eines anderen Glaubens.

# Indien: Verfolgung von Christen eskaliert

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/28.03.24 - Indiens Christen litten im vergangenen Jahr unter einer alarmierenden Eskalation von Gewalt, Hass und systematischer Unterdrückung, so die Religious Liberty Commission der Evangelical Fellowship of India (EFI-RLC).

Die 601 Fälle von Christenverfolgung in Indien im Jahr 2023 bedeuteten einen Anstieg um 45 Prozent gegenüber den 413 Fällen, die im Vorjahr verzeichnet wurden, so der Jahresbericht der EFI-RLC.

Während kein Gebiet Indiens unberührt blieb, kristallisierten sich mehrere als Brennpunkte heraus. Der Bundesstaat Uttar Pradesh war mit 275 Vorfällen (gegenüber 147 im Vorjahr) weiterhin das feindseligste Umfeld. In Chhattisgarh gab es 132 Fälle - gegenüber dem Vorjahr (141) ein Rückgang. In Haryana waren 44 Vorfälle zu verzeichnen gegenüber 22 im Vorjahr.

"Die sich rapide verschlechternde Situation für religiöse Minderheiten ist sehr besorgniserregend", sagte EFI-Generalsekretär Pastor Vijayesh Lal gegenüber Morning Star News. "Christen, insbesondere Pastoren in ländlichen Gebieten, waren im vergangenen Jahr Angriffen, gestörten Gebeten und beschädigten Gotteshäusern ausgesetzt."

Auch die Daten des United Christian Forum (UCF) zeigen, dass die Verfolgung auch 2024 unvermindert anhält. Das UCF dokumentierte vom 1. Januar bis zum 15. März weitere 161 Vorfälle von Gewalt gegen Christen, darunter 70 Fälle im Januar, 62 im Februar und 29 allein in der ersten Märzhälfte.

In den ersten drei Monaten des Jahres 2024 wurden Christen in 19 indischen Bundesstaaten wegen der Ausübung ihres Glaubens "mit dem Leben bedroht", so die UCF. Chhattisgarh wurde als extremer Hotspot identifiziert, mit 47 der 161 jüngsten Vorfälle, dem höchsten Wert aller Bundesstaaten. Uttar Pradesh folgte mit 36 Fällen.

Die UCF beleuchtete auch das, was sie als "staatlich geförderte Angriffe" auf Christen bezeichnete, und verurteilte die Praxis, gegen Pastoren, die an Routineveranstaltungen wie Geburtstagsfeiern teilnehmen, falsche Anschuldigungen wegen illegaler Konversionen - "gewaltsam" oder "betrügerisch" - zu erheben. Allein in den ersten Monaten dieses Jahres wurden mehr als 30 solcher Fälle registriert, in denen Pastoren aufgrund der umstrittenen Anti-Konversionsgesetze von Uttar Pradesh verhaftet oder inhaftiert wurden.

Die UCF berichtet, dass seit dem 1. Januar in verschiedenen Bundesstaaten 122 Christen verhaftet oder wegen angeblicher "Zwangsbekehrungen" angeklagt wurden. In dem Bericht heißt es, dass diese "erfundenen Fälle" darauf abzielen, die christliche Minderheit zu verfolgen.

Der EFI-RLC-Bericht gibt zu bedenken, dass seine Daten wahrscheinlich nur "an der Oberfläche kratzen", da die Furcht vor Repressalien und die Gleichgültigkeit der Polizei gegenüber Fällen, die religiöse Minderheiten betreffen, weit verbreitet ist und zu wenig berichtet wird.

Gefährdete Gruppen wie Dalits, Adivasi aus den Stammesgebieten und christliche Frauen seien durch den sich doppelnden Druck von religiöser Verfolgung und bereits bestehender gesellschaftlicher Diskriminierung stark bedroht, so der Bericht. Zum Beispiel wurden Stammes-Christen Beerdigungen nach ihren Ritualen verweigert und ihnen mit gewaltsamen Einäscherungen gedroht, um sie "zum Hinduismus zurückzuführen".

In mehreren Fällen kam es zu schwerer physischer Gewalt wie Schlägen mit Eisenstangen und Angriffe des Mobs auf Gottesdienste. In einem Fall in Jharkhand stürten bewaffnete Extremisten eine Kirchenversammlung, griffen zwei Frauen an und ermutigten andere, sie sexuell zu missbrauchen.

Christliche Interessengruppen argumentieren, dass ein Großteil der jüngsten Gewalt durch das Wiederaufleben der extremistischen hindunationalistischen Ideologie (Hindutva) angeheizt wird, die seit dem Machtantritt der BJP unter Premierminister Narendra Modi einen neuen Aufschwung erlebt hat. Mit Unterstützung von Randgruppen haben hindunationalistische Hardliner für weitreichende "Anti-Konversions"-Gesetze in allen Bundesstaaten geworben, indem sie Christen und Muslime fälschlicherweise beschuldigten, mit Verlockungen zu missionieren und Zwangsbekehrungen vorzunehmen.

"Das falsche Narrativ der Zwangskonvertierung wird immer wieder ausgenutzt, um schreckliche Gewalttaten, Einschüchterungen und Schikanen gegen unsere Gemeinschaft zu rechtfertigen", sagte Lal und erklärte, dass hindunationalistische Elemente das Thema als "bequemen Vorwand nutzen, um gezielte Aggressionen zu entfesseln".



Die Ergebnisse unterstreichen die große Besorgnis über die zunehmende Intoleranz gegenüber den schätzungsweise 28 Millionen Christen in Indien, die etwa 2 Prozent der 1,4 Milliarden Einwohner ausmachen, während sich das Land auf die allgemeinen Wahlen im Jahr 2024 vorbereitet.

Angesichts der bevorstehenden Wahlen vom 9. April bis zum 4. Juni, bei denen die BJP eine dritte Amtszeit anstrebt, haben christliche Führungspersonlichkeiten und Menschenrechtsaktivisten eindringlich auf die sich verschlechternden Bedingungen für religiöse Minderheiten aufmerksam gemacht. Sie warnen davor, dass eine unkontrollierte Verfolgung nicht nur Indiens internationales Ansehen beeinträchtigen, sondern auch die säkularen und pluralistischen Grundprinzipien des Landes untergraben könnte.

<https://morningstarnews.org/2024/03/persecution-of-christians-escalates-in-india-efi-reports/>

# Kenia: Muslimische Extremisten töten christlichen Konvertiten

**Angreifer verletzen drei weitere Evangelisten aus Uganda.**

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/28.03.24 - Muslimische Extremisten überfielen und töteten am 8. März einen Evangelisten aus Kenia und verletzten drei Ugander in der Nähe der Stadt Busia an der kenianischen Grenze zu Uganda schwer.

Die vier christlichen Mitarbeiter waren nach einem viertägigen Einsatz in Kenia auf dem Rückweg nach Bugiri (Uganda), als sie in der Nähe von Busia angegriffen wurden. Mindestens 10 Muslime blockierten ihre Rückkehr, indem sie gegen 18:30 Uhr Steine vor ihre Motorräder legten, sagte ein Überlebender, der Evangelist Rooney Masaba aus Uganda.

"Die Angreifer fingen an, uns viele Fragen zu stellen und sagten, dass wir Muslime nicht in die Freiluft-Evangelisation einbeziehen sollten", so Masaba gegenüber Morning Star News.

Die Evangelisten erklärten ihnen, dass ihre Kampagnen keine Dialoge über den Islam und das Christentum sein sollten, die sich an Muslime richteten, sondern lediglich die Gute Nachricht von Christus weitergeben sollten, so Masaba. Während der Kampagne hätten die Mitarbeiter vormittags Hausbesuche und nachmittags Evangelisationen unter freiem Himmel durchgeführt.

"Die Muslime haben uns gesagt, dass sie über die Bekehrung ihrer muslimischen Mitbürger, insbesondere ihrer Verwandten, während der Hausbesuche nicht glücklich seien", so Masaba. "Das führte dazu, dass die Diskussion immer angespannter wurde, und dann packte einer der Muslime Ismail Wafula und stach ihm mit einem scharfen Messer in den Hals, die Brust und in den Bauch. Er erlitt Wunden am Kopf. Dann fiel er blutend zu Boden."

Andere zerrissen ihre Bibeln und begannen, Mitglieder des Teams anzugreifen.

"Wir fingen an zu schreien und um Hilfe zu rufen", sagte Masaba. "Gott sei Dank kamen ein Fahrzeug und einige Menschen, die in der Nähe wohnten, zu uns."

Die Angreifer flohen, und die eintreffenden Helfer brachten sie in ein nahe gelegenes Krankenhaus, wo Wafula für tot erklärt wurde.

Nach Auskunft von Masaba war der 30jährige Wafula aus Busia früher ein Muslim, der im Januar 2021 aufgrund des Einsatzes der drei Evangelisten aus Bugiri zum Glauben an Christus gefunden hatte. Er schloss sich dem ugandischen Evangelisationsteam im Dezember an. Bei dem Angriff am 8. März beschuldigten ihn die Angreifer, ein Verräter und Feind des Islam zu sein.

Martin Senkubuge, 32, kam wegen Wunden am Kopf, eines gebrochenen linken Beins unterhalb des Knies und eines verletzten Auges in stationäre Behandlung. Masaba, 28, und der 26-jährige Ruben Were erlitten leichte Verletzungen.

Durch den Missionseinsatz bekannten sich mehrere Muslime zu Christus, darunter zwei prominente Männer, die kürzlich eine Pilgerreise nach Mekka unternommen hatten, und eine wohlhabende Frau, die islamische Aktivitäten in der Gegend von Busia unterstützte. Zuvor hatte das Team Drohbriefe von muslimischen Führern erhalten, in denen sie aufgefordert wurden, den christlichen Einsatz zu beenden.

<https://morningstarnews.org/2024/03/muslim-extremists-kill-christian-convert-in-kenya/>

# Laos: Hauskirche in Laos wiedereröffnet, da Bezirksbeamte Christen durch Durchsetzung des Gesetzes unterstützen

IIRF-D/BA/Tübingen/28.03.24 - Eine kleine Hauskirche im Süden von Laos, die im Februar von Anwohnern und Dorfvorstehern angegriffen wurde, wird nun unter dem Schutz der Bezirksbehörden wiedereröffnet.

Am 4. Februar riss ein Mob von Anwohnern und Dorfbehörden das Haus nieder, in dem sich Christen im Dorf Kaleum Vangke in der Provinz Savannakhet im Bezirk Xonboury versammelt hatten, und unterbrach den Gottesdienst. Die Angreifer verbrannten Bibeln und andere Dokumente.

Beamte des Ministeriums für öffentliche Sicherheit haben sich eingeschaltet, um das Recht der Christen auf Gottesdienst zu schützen, erklärte ein Kirchenmitglied Ende Februar. "Die Beamten haben angekündigt, dass unsere Mitchristen wieder Gottesdienste abhalten können", sagte er. "Ab dieser Woche bauen wir unser Gotteshaus wieder auf. Im Moment sind wir dabei, die Holzplanken wieder aufzustellen. Aber die Dorfbehörden und andere nichtchristliche Dorfbewohner bedrohen uns immer noch und drohen damit, unser Gotteshaus wieder abzureißen. Aber wir sind jetzt stärker geworden. Wir haben keine Angst mehr, uns in diesem Haus zu treffen."

Ein Beamter des Distrikts teilte jedoch mit, dass es noch ungelöste Probleme im Zusammenhang mit dem Vorfall gebe. "Die Bezirkspolizei hat noch nichts unternommen, um die Dorfbehörden und die Gruppe von Dorfbewohnern, die das christliche Gotteshaus abgerissen haben, umzuerziehen oder zu bestrafen", sagte er.

Der Abriss von christlichen Häusern und die Vertreibung von Christen aus Dörfern hat sich in ländlichen Gebieten in Laos wiederholt ereignet, obwohl seit Dezember 2019 ein nationales "Gesetz über die evangelische Kirche" in Kraft ist, das Christen das Recht gibt, Gottesdienste abzuhalten, im ganzen Land zu predigen und Kontakte zu Gläubigen im Ausland zu pflegen. In den ländlichen Gebieten hat dieses Gesetz jedoch noch keine großen Auswirkungen gehabt.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/laos-house-church-reopens-as-district-officials-support-christians-by-en/>

# Nicaragua: Inhaftierte Christinnen fürs Beten bestraft

## Christen und Oppositionelle sind zunehmender Verfolgung ausgesetzt

(Open Doors, Kelkheim) – In einem nicaraguanischen Gefängnis unweit der Hauptstadt Managua sind mehrere weibliche Häftlinge dafür bestraft worden, dass sie laut gebetet haben. Das berichtet das Hilfswerk Christian Solidarity Worldwide (CSW). Der Vorfall illustriert die zunehmend schwierige Situation von Christen in dem mittelamerikanischen Land, das 2023 erstmals auf dem Weltverfolgungsindex gelistet wurde ([wir berichteten](#)).

Nachdem die Frauen laut gebetet hatten, wurden sie in dem Gefängnis „La Esperanza“ mit verschiedenen Strafmaßnahmen belegt. So wurde ihnen der übliche wöchentliche Hofgang gestrichen. Einige der Frauen wurden zudem während Verhören geschlagen, sodass Blutergüsse an ihren Armen und Beinen zurückblieben. Der Besitz einer Bibel oder von Schreibmaterial ist im Gefängnis generell verboten.

Quelle: [https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/nicaragua-inhaftierte-christinnen-fuers-beten-bestaft?pk\\_campaign=NA&pk\\_kwd=20240322](https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/nicaragua-inhaftierte-christinnen-fuers-beten-bestaft?pk_campaign=NA&pk_kwd=20240322)

# Nicaragua: Pastoren inhaftiert, christliche Organisationen aufgelöst

Seit es im Zusammenhang mit der staatlichen Rentenreform 2018 zu sozialen Unruhen im Land kam, hat sich Nicaragua immer stärker zu einem totalitären Staat entwickelt. Die Regierung unter Präsident Daniel Ortega hat zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um jegliche Form von Opposition zu unterdrücken. Im Rahmen dieses harten Vorgehens verhaftet und verfolgt das Regime immer wieder Kirchenleiter und schließt Kirchen und zivilgesellschaftliche Organisationen. So wurden im Januar neun Pastoren unter dem Vorwurf der Geldwäsche inhaftiert; gleichzeitig wurde sechzehn Nichtregierungsorganisationen, darunter zehn christlichen, der Rechtsstatus entzogen und ihr Eigentum lokalen Pressberichten zufolge von der Regierung konfisziert.

Die Tragweite solcher Repressionen wird in einem am 28. Februar veröffentlichten UN-Bericht deutlich, der zur Lage der Menschenrechte im Jahr 2023 feststellt: „Mindestens 342 Organisationen, die mit evangelischen Kirchen, der katholischen Kirche und anderen christlichen Konfessionen verbunden sind, [wurden] aufgelöst und ihr Eigentum und ihre Einrichtungen beschlagnahmt.“

## Kirchen von Behörden in die Illegalität gedrängt

Ein lokaler Mitarbeiter von Open Doors, dessen Name aus Sicherheitsgründen nicht genannt werden kann, berichtet von unterschiedlichen Reaktionen örtlicher Geistlicher auf den wachsenden Druck der Regierung: Während einige von ihnen sich aus Angst zurückhielten, wollten sich andere dem Druck nicht beugen. Wie riskant letzteres sein kann, zeigte sich unter anderem am Beispiel des prominenten Bischofs Rolando José Álvarez Lagos. Er war Anfang 2023 zu 26 Jahren Haft verurteilt worden, nachdem er sich geweigert hatte, Nicaragua zu verlassen. Nach mehreren Monaten in Haft wurde er im Januar 2024 des Landes verwiesen.

„Die Regierung verfolgt verschiedene Strategien, um Organisationen zu schikanieren“, erklärt der Mitarbeiter. „Sie verlangt z. B. monatliche Aktualisierungen der rechtlichen Dokumente oder mehr Unterlagen als eigentlich erforderlich; dies schränkt die Arbeit der Kirchen ein, sodass einige Pastoren es aufgeben, den Rechtsstatus ihrer Kirche aufrechtzuerhalten.“ Infolgedessen sind mehrere Kirchen dazu übergegangen, sich in Wohnungen zu treffen.

Zwischen 2018 und 2023 sind nach UN-Angaben eine Million Menschen aus Nicaragua geflohen – ein Achtel der Bevölkerung. Die Kirche spürt den Verlust ihrer Mitglieder und macht sich Sorgen um die Zukunft. Im November und Dezember letzten Jahres konnte Open Doors etwa 300 Kirchenleiter mit dringend benötigter Unterstützung versorgen, darunter Lebensmittelpakete sowie Rechtsberatung und geistliche Unterstützung.

Auf dem [Weltverfolgungsindex 2024](#) steht [Nicaragua](#) an 30. Stelle unter den Ländern, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

*Quellen: CSW, Fides, OHCHR, Open Doors (22.03.2024)*

[https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/nicaragua-inhaftierte-christinnen-fuers-beten-bestaft?pk\\_campaign=NA&pk\\_kwd=20240322](https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/nicaragua-inhaftierte-christinnen-fuers-beten-bestaft?pk_campaign=NA&pk_kwd=20240322)

# Nigeria: Die Schreckensbilanz der letzten Woche (Vgl. die Nachrichten der letzten Wochen)

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/28.03.24 - Terroristen überfielen und töteten am 13. März einen Pastor der Afrikanischen Kirche, seine Frau und seinen Sohn zusammen mit mehreren anderen Christen auf einer Landstraße im Bundesstaat Taraba im Nordosten Nigerias.

Pastor Abah Jacob, seine Frau Marian Abah und ihr Sohn wurden zusammen mit anderen Christen in der Nähe von Mararaba auf der Straße zwischen Gankwe und Mararaba im Bezirk Donga getötet, wie eine Gruppe von Pastoren auf einer Pressekonferenz in Jalingo am Samstag (23. März) mitteilte.

Pastor Jacob leitete die Afrikanische Kirche der Kyado-Archdiakonie in der Adi-Gemeinde in der Bali Local Government Area des Bundesstaates Taraba, sagte Pastor Nathaniel Saawua auf der Pressekonferenz. Er sagte, Dutzende anderer Christen seien bei dem Angriff verletzt worden und würden in verschiedenen Krankenhäusern behandelt.

"Nach dem grausamen Mord scheint sich niemand darum zu kümmern, denn kein einziges Familienmitglied der Opfer wurde von den Behörden kontaktiert, und kein einziger Regierungsbeamter aus den Gemeinden Bali oder Donga hat den Familien einen offiziellen Besuch abgestattet", sagte Pastor Saawua.

"Eine Person ist bisher im Krankenhaus gestorben, und einige von ihnen haben wenig oder gar nichts, um die Rechnungen für die Behandlungen zu bezahlen, die sie erhalten", sagte Pastor Saawua. "Während wir die Aufmerksamkeit der betroffenen Behörden auf diese erbärmliche Situation lenken, möchten wir alle Menschen, die von diesem Vorfall berührt sind, dazu aufrufen, den Opfern und Hinterbliebenen zu helfen, indem sie ihnen Beistand leisten, um ihre körperlichen und seelischen Schmerzen zu lindern."

Der Gouverneur von Taraba, Agbu Kefas, wies die Polizei und andere Sicherheitsbehörden an, den Vorfall zu untersuchen.

Nigeria ist nach wie vor der tödlichste Ort der Welt, an dem die Nachfolge Christi gelebt wird: 4.118 Menschen wurden zwischen dem 1. Oktober 2022 und dem 30. September 2023 wegen ihres Glaubens getötet, so der Bericht von Open Doors in der World Watch List 2024 (WWL). In Nigeria wurden auch mehr Christen entführt als in jedem anderen Land, nämlich 3.300.

<https://morningstarnews.org/2024/03/pastor-his-family-and-other-christians-killed-in-nigeria/>

# Pakistan: Christ seit 22 Jahren wegen "Blasphemie" in der Todeszelle

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/28.03.24 - In einem bedeutenden Schritt hat der Oberste Gerichtshof Pakistans das oberste islamische Gremium des Landes angewiesen, darüber zu beraten, ob eine Veröffentlichung, die einen Katholiken 22 Jahre lang in der Todeszelle gehalten haben, tatsächlich blasphemisch war.

Rechtsanwalt Rana Abdul Hameed sagte, das oberste Gericht habe am 12. März den Rat für islamische Ideologie (CII) und zwei christliche Religionsgemeinschaften um eine Stellungnahme zu der Frage gebeten, ob der Brief eines 70-jährigen ehemaligen Regierungsangestellten, Anwar Kenneth, unter die Definition von Blasphemie gemäß Abschnitt 295-C des umstrittenen pakistanischen Gesetzes fällt. Dieser Paragraf sieht für die Beleidigung des islamischen Propheten Mohammed die Todesstrafe vor.

Das Dreiergremium, bestehend aus den Richtern Jamal Khan Mandokhel, Syed Hasan Azhar Rizvi und Musarrat Hilali, gab die Anweisung nach einer lang erwarteten Anhörung von Kenneths Berufung gegen die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von Lahore aus dem Jahr 2014, mit der das Gericht sein Todesurteil aufrechterhalten hatte, so Hameed gegenüber Christian Daily International-Morning Star News.

Kenneth, ein ehemaliger leitender Beamter der Fischereibehörde des Punjab, wurde verurteilt, weil er 2001 einen Brief an muslimische Religionsgelehrte, muslimische Staatsoberhäupter, ausländische Diplomaten in Pakistan, den Generalsekretär der Vereinten Nationen und christliche Theologen geschickt hatte, in dem er das Prophetentum Muhammads ablehnte, so Hameed.

Der Anwalt argumentierte, dass die Ablehnung des Prophetentums Muhammads durch Nicht-Muslime nicht als Blasphemie angesehen werden könne.

"Obwohl der Islam eine der drei abrahamitischen Religionen ist und die Muslime an alle Propheten, einschließlich Jesus Christus, glauben, glauben Christen und Juden nicht an den Propheten Muhammad", sagte Hameed. "In seinem offenen Brief hat Kenneth lediglich erklärt, dass sein christlicher Glaube den Islam nicht gutheißt. Er hat sich nicht abfällig über den Propheten Muhammad geäußert, was eine Verurteilung wegen Blasphemie rechtfertigen würde."

Er fügte hinzu, dass das Gericht den Rat für islamische Ideologie, den pakistanischen Kirchenrat und den Vereinigten Kirchenrat von Islamabad angewiesen habe, ihre Stellungnahmen bei der nächsten Anhörung am 10. April vorzulegen.

Ein dreiköpfiges Gremium des Obersten Gerichtshofs stellte im Januar 2023 fest, dass Kenneth, der seit seiner Verhaftung im September 2001 im Gefängnis sitzt, einen Rechtsbeistand benötigt, und forderte die pakistanische Anwaltskammer auf, einen Verteidiger zu stellen, nachdem fünf vom Staat gestellte Anwälte sich von dem Fall zurückgezogen hatten. Hameed, ein muslimischer Anwalt, der bereits mehrere Personen, die fälschlicherweise der Blasphemie angeklagt waren, erfolgreich verteidigt hat, erklärte sich bereit, Kenneth zu vertreten.

"Es liegt nun an den religiösen Institutionen beider Seiten, die Angelegenheit im Lichte ihrer jeweiligen Lehren und Rechtsprechung zu analysieren und das Gericht zu informieren", sagte er. "Kenneth leidet an geistigen und körperlichen Gebrechen und hat bereits 22 Jahre in Einzelhaft in verschiedenen Gefängnissen der Provinz Punjab verbracht. Ich glaube, es ist höchste Zeit, dass er die Gerechtigkeit bekommt, die er verdient, und wieder mit seiner Familie zusammenkommt."

Im Juli 2002 verhängte ein Richter in Lahore die Todesstrafe und eine Geldstrafe von 500.000 Rupien (1.796 US-Dollar) gegen Kenneth. Trotz der Verurteilung lehnte der Christ den Beistand eines Verteidigers ab und sagte, Gott sei sein Beistand. Am 30. Juni 2014 bestätigte das Oberste Gericht von Lahore das Urteil des Gerichts und bestätigte die Todesstrafe. Da jedoch kein Rechtsbeistand zur Verfügung stand, konnte der Fall nicht weiterverfolgt werden.

"Mein Bruder war ein Bibelgelehrter und führte oft wissenschaftliche Diskussionen mit seinen muslimischen Freunden und religiösen Führern", sagte Kenneths 83-jährige ältere Schwester, Reshma Bibi. "Er teilte seine religiösen Ideen und Werte auch in seinen Briefen mit, aber er war nie respektlos gegenüber einer heiligen Persönlichkeit. Es war einer dieser Briefe, der benutzt wurde, um ihn zum Schweigen zu bringen".

"Seit Jahren konnte ich meinen Bruder wegen meiner schwachen Gesundheit nicht mehr im Gefängnis sehen", sagte Bibi, während ihr die Tränen in die Augen stiegen. "Ich vermisse ihn jeden Tag meines Lebens und hoffe, dass Gott mir die Chance gibt, Zeit mit ihm zu verbringen, bevor ich sterbe."

Haroon Gill, ein Neffe von Kenneth, sagte, er habe seinen Onkel zuletzt im Februar gesehen. "Er ist sehr schwach und steht unter großem Stress", so Gill gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. "Wir können ihn nur zweimal im Monat besuchen, aber in den letzten fünf Monaten durften wir ihn nicht sehen." Auch Kenneths 65-jährige Frau habe ihren Mann aus gesundheitlichen Gründen schon lange nicht mehr gesehen.

"Der einzige Sohn meines Onkels hat Pakistan kurz nach seiner Verhaftung aufgrund von Drohungen gegen sein Leben für immer verlassen", so Gill. "Auch wir haben wegen dieses Falles viele Schwierigkeiten erlitten. Die Haltung unserer muslimischen Nachbarn ist nach all den Jahren immer noch sehr feindselig. Mehrere Leute haben versucht, religiöse Spannungen zu schüren, um sich unser angestammtes Ackerland anzueignen".

<https://morningstarnews.org/2024/03/hope-for-christian-22-years-on-death-row-for-blasphemy/>



# Pakistan: Entführte und Zwangskonvertierte und-verheiratete Maira wartet immer noch auf Rechtsprechung

Jedes Jahr werden in Pakistan schätzungsweise 1.000 Mädchen zwangsverheiratet, meist im Alter von 12 bis 15 Jahren

IIRF-D/ADF/Tübingen/22.03.24 - Die Pastorentochter Maira aus Pakistan, die nun 19 Jahre alt ist, wurde bereits 2020 entführt, zwangsverheiratet und zwangskonvertiert als sie noch 14 Jahre alt war ([wir berichteten](#)). Sie war wie gewohnt auf dem Weg zur Schule in ihrer Stadt Faisalabad, als sie entführt wurde.

Ihr Entführer misshandelte und erpresste Maira, und sie wurde zwangsbekehrt und mit einem viel älteren muslimischen Mann zwangsverheiratet. Es gelang ihr aber, ihren Entführern zu entkommen.

Mairas Eltern gingen vor Gericht, um das Sorgerecht wiederzuerlangen. Der Oberste Gerichtshof von Lahore ordnete jedoch zunächst an, dass Maira ihrem Entführer, nach Schariavorgaben rechtmäßig ihr Mann, zurückgegeben werden sollte.

Während Maira nun versteckt wartet, setzt sich eine Partneranwältin von ADF für die Annullierung ihrer Heiratsurkunde ein.

Mairas Schicksal ist leider kein Einzelfall. Jedes Jahr werden in Pakistan schätzungsweise 1.000 Mädchen zwangsverheiratet, meist im Alter von 12 bis 15 Jahren. Dies ist möglich, weil das Heiratsalter nach der Scharia niedriger ist als das offizielle Heiratsalter des Landes.

In jedem Fall gehören diese Mädchen religiösen Minderheiten an. Zwangsheirat durch Zwangsbekehrung ist ein großes Problem in Pakistan, das Land ist deshalb für christliche Mädchen ein sehr gefährlicher Ort.

# Pakistan: Oberstes Gericht lässt Christen hoffen

## Behörden müssen Ausschreitungen gegen Christen vom August 2023 neu aufarbeiten

(Open Doors, Kelkheim) – Ein halbes Jahr nachdem im pakistanischen [Jaranwala zahlreiche Kirchen und Häuser von Christen zerstört](#) wurden ([wir berichteten](#)), hat das oberste pakistanische Gericht den polizeilichen Untersuchungsbericht zu dem Vorfall zurückgewiesen ([wir berichteten](#)); das berichtet das Nachrichtenportal Dawn. Demnach befanden die Richter die Arbeit der untersuchenden Behörden als unzureichend – ein hoffnungsvolles Signal an die christliche Minderheit in Pakistan. Die Christen brauchen weiter unser Gebet.

### Gericht stellt fest: Komplott stand am Beginn der Unruhen

Die Angriffe im August des vergangenen Jahres waren durch ein Gerücht ausgelöst worden, das zwei christliche Brüder in der Stadt Jaranwala im Nordosten Pakistans der Blasphemie beschuldigte. Mindestens 17 Kirchen und fast 100 Häuser von Christen wurden bei den folgenden Unruhen niedergebrannt oder beschädigt, Hunderte Christen flohen. Am 1. März sprach ein Gericht in Faisalabad die beiden Männer frei und stellte fest, dass zwei andere Personen – die offenbar eine persönliche Feindschaft mit den beiden Brüdern hegten – ein Komplott geschmiedet hatten, um sie in einen Blasphemie-Fall zu verwickeln.

Bereits am 13. Februar hatte das Oberste Gericht Pakistans unter dem Vorsitz von Richter Qazi Faez Isa den Untersuchungsbericht zu den Vorfällen mit deutlichen Worten kritisiert und dabei unter anderem das Fehlen zahlreicher relevanter Informationen moniert. Die Art und Weise, wie die Ermittlungen durchgeführt worden seien, und das offensichtliche Zögern der Strafverfolgungsbehörden bei der Identifizierung der Schuldigen schade dem Ruf der Polizei, so Faez Isas Einschätzung.

In seiner Stellungnahme betonte das Gericht den gleichen Status und die gleichen Rechte aller Bürger, woraus sich auch der Anspruch auf Schutz bei der Ausübung ihrer jeweiligen Religion ergebe. Die Richter wiesen in diesem Zusammenhang zudem darauf hin, dass „Unruhestifter“ immer wieder durch gezielte Provokationen die Bevölkerung zu Anschlägen auf religiöse Stätten von Nichtmuslimen anstachelten. Die Regierung der Provinz Punjab wurde angewiesen, einen Bericht über den Stand der Wiederaufbauarbeiten an den beschädigten Gebäuden vorzulegen, der auch die bisher gezahlten Entschädigungen aufführt.

### „Hoffnung in der christlichen Gemeinschaft neu entfacht“

Pastor Paul Masih\* aus Jaranwala äußerte sich dankbar über die Aussagen des Obersten Gerichtshofes. Die Weisung der Richter an die Regierung von Punjab habe „die Hoffnung in der christlichen Gemeinschaft neu entfacht“. Masih weiter: „Wir waren enttäuscht über die Art und Weise, wie die Polizei mit den Ermittlungen umging, aber jetzt haben wir das Gefühl, dass die Regierung von Punjab den Fällen die gebührende Aufmerksamkeit schenken wird.“

Viele Christen in Pakistan leiden unter der instabilen Sicherheitslage und dem hohen Maß an Gewalt. Sie werden ausgebeutet, gelten als unrein und haben oftmals keine Möglichkeit sich zu schützen. Die Polizei ist häufig mehr daran interessiert, lokale Machthaber zu beschwichtigen und für Ruhe zu sorgen, als das Gesetz durchzusetzen und Minderheiten zu schützen. Etwas besser ist die Lage von Christen bei Gerichtsverhandlungen, zumindest bei den höheren Gerichten. Bis ihr Fall endlich vor Gericht geklärt wird, sitzen Christen jedoch oftmals jahrelang im Gefängnis.

\*Name geändert

Quelle: Open Doors Deutschland (20.03.2024)

[https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/pakistan-oberstes-gericht-laesst-christen-hoffen?pk\\_campaign=GM&pk\\_kwd=20240320](https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/pakistan-oberstes-gericht-laesst-christen-hoffen?pk_campaign=GM&pk_kwd=20240320)

# Pakistan: Zwei christliche Abwasserarbeiter sterben wegen fehlender Sicherheitsausrüstung

IIRF-D/BA/Tübingen/28.03.24 - Die Cousins Asif Masih, 25, und Shan Masih, 28, erstickten am 17. März, nachdem sie giftige Gase eingeatmet hatten, während sie versuchten, eine Verstopfung im Abwasserkanal in Faisalabad zu beseitigen. Die beiden Cousins hinterlassen jeweils eine Frau und drei Kinder.

Die ausgegrenzten Christen im mehrheitlich muslimischen Pakistan arbeiten oft in den am schlechtesten bezahlten, schmutzigsten und gefährlichsten Berufen, z. B. in Abwasserkanälen, Fabriken und Ziegelöfen, oft ohne angemessene Schutzausrüstung.

Der Tod der Cousins Masih wurde von Human Rights Focus Pakistan (HRFP) als "Mord aus Pflichtgefühl" bezeichnet. Dem Bericht zufolge wurden die Männer "gezwungen", in die Kanalisation zu gehen, ohne dass sie eine Schutzausrüstung, wie etwa eine Maske, erhielten.

Dies geschah trotz eines Gerichtsbeschlusses aus dem Jahr 2015, der die lokalen Behörden dazu verpflichtete, für die Bereitstellung von Schutzkleidung zu sorgen, sagte HRFP-Präsident Naveed Walter.

"Sanitärarbeiter sind eine der am stärksten marginalisierten Gesellschaftsgruppen", sagte Walter, der darauf hinwies, dass 90 % der Sanitärarbeiter in Faisalabad Christen sind.

Viele Sanitärarbeiter starben oder erlitten schwere und behindernde Verletzungen oder Gesundheitsprobleme, weil sie nicht mit Sicherheitsausrüstung ausgestattet waren. "Solche Vorfälle mit Sanitärarbeitern sind nicht neu, sondern kommen schon seit Jahren vor", sagte Walter.

Im Jahr 2021 starben zwei christliche Sanitärarbeiter bei der Rettung eines christlichen Kollegen, der in der Provinz Punjab einen Abwasserkanal säubern sollte. Keiner der Männer war mit einer Schutzausrüstung ausgestattet.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/two-pakistani-christian-sanitation-workers-die-due-to-lack-of-safety-equ/>

# Russland: Strafverfolgung älterer Zeugen Jehovas wegen „Extremismus“

AKREF-A/24.03.24 - Seit 2017, als der Oberste Gerichtshof der Russischen Föderation die Auflösung der Organisationen der Zeugen Jehovas angeordnet und ihre Aktivitäten als „extremistisch“ verboten hat, wurden 760 Menschen nach Artikel 282.2 des Strafgesetzbuchs angeklagt.

Muslime, die sich treffen, um die Werke des islamischen Theologen Said Nursi zu studieren, werden ebenfalls wegen Extremismus verfolgt, da ihre Gemeinschaft „Nurdzhular“ bereits 2008 als extremistisch verboten wurde. Diese Muslime treffen sich üblicherweise in Privatwohnungen, um den Islam zu studieren, wobei ein oder mehrere Teilnehmer die Werke Nursis erläutern. Sie beten auch gemeinsam, essen und trinken Tee. Sie beantragen keine staatliche Erlaubnis, um sich zu treffen. Die Zahl der wegen Beteiligung an einer extremistischen Organisation verfolgten Leser der Werke Nursis ist relativ klein im Vergleich zur Zahl der Zeugen Jehovas, die wegen des gleichen Delikts verfolgt werden. Zwischen 2017, als die Gemeinschaft verboten wurde, und 18. März 2024 wurden 467 Zeugen Jehovas strafrechtlich verurteilt und kein einziger freigesprochen. Mehr als ein Viertel der strafrechtlich verfolgten Zeugen Jehovas waren über 60 Jahre alt, 12 von ihnen über 80. In den meisten Fällen kommt es zu einer Gerichtsverhandlung und bisher wurden alle Angeklagten für schuldig befunden. Die verhängten Strafen reichten von hohen Geldstrafen bis zu sieben Jahren Haft oder darüber. Erst kürzlich, am 15. März 2024, wurde der 85-jährige Juri Juskov aus der autonomen Republik Tschuwaschien zu 5 Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Am 5. März wurde der 72-jährige Sergey Vasilyev als bisher ältester Zeuge Jehovas von einem Gericht in Irkutsk zu einer unbedingten Freiheitsstrafe von 3 Jahren verurteilt. Die achtzigjährige Nadeschda Ivanova Krobochko ist die älteste Zeugin Jehovas, gegen die derzeit (Stand 22. März 2024) ein Strafverfahren im Gange ist.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 22. März 2024).

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

# Sudan: Christliche Schule für Flüchtlinge aus dem Sudan

IIRF-D/BA/Tübingen/28.03.24 - "Ich liebe meine Lehrer sehr. Wenn ich zur Schule komme, habe ich das Gefühl, dass ich in mein zweites Zuhause komme", sagt Musa in einer christlichen Schule in Ägypten für christliche Flüchtlinge aus dem Sudan.

Musa und die anderen Schüler sind vor Krieg, Konflikten und Verfolgung in ihrem Heimatland geflohen. Viele kamen innerhalb des letzten Jahres nach Ägypten, weil Bürgerkriegs seit April 2023 im Sudan tobt und zu einer schweren Nahrungsmittelkrise geführt hat.

Das Leben der Kinder ist völlig aus den Fugen geraten und ihre Eltern sind meist zu arm, um das Schulgeld zu bezahlen. Aber durch diese Schule haben die Kinder die Möglichkeit, ihre Schulbildung wieder aufzunehmen.

Sie folgen demselben sudanesischen Lehrplan, den sie auch zu Hause zu Hause gelernt haben.

Derzeit besuchen 369 Schüler im Alter von 5 Jahren aufwärts die Schule.

Einige sind schon 20 Jahre alt, weil sie aufgrund von Armut erst spät eingeschult wurden, oder ihre Schulausbildung unterbrochen wurde. Die Schule beschäftigt 27 Lehrer und sieben weitere Schulangestellte.

"Ohne meinen Job könnte ich die Miete für mein Haus nicht bezahlen". sagt James, der Mathematik unterrichtet.

<https://www.barnabasaid.org/de/latest-needs/help-support-sudanese-christian-refugee-children-with-education-in-egypt/>

**Disclaimer:** Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

## Links

[www.csi-de.de](http://www.csi-de.de)

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

[www.h-m-k.org](http://www.h-m-k.org)

[www.hilfsbund.de](http://www.hilfsbund.de)

[www.hoffnungszeichen.de](http://www.hoffnungszeichen.de)

[www.idea.de/nachrichten.html](http://www.idea.de/nachrichten.html)

[www.islaminstitut.de](http://www.islaminstitut.de)

[www.kirche-in-not.de](http://www.kirche-in-not.de)

[www.opendoors.de](http://www.opendoors.de)

[www.pro-medienmagazin.de](http://www.pro-medienmagazin.de)

[www.stanet.ch/APD](http://www.stanet.ch/APD)

[www.zenit.org](http://www.zenit.org)

### **Menschenrechtsorganisationen:**

[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)

[www.igfm.de](http://www.igfm.de)

[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

### **Wichtige englischsprachige Internetseiten:**

[www.advocatesinternational.org](http://www.advocatesinternational.org) [Anwälte im Auftrag der Allianz]

[www.barnabasfund.org](http://www.barnabasfund.org)

[www.csi-int.ch](http://www.csi-int.ch)

[www.forum18.org](http://www.forum18.org) [Forum 18 News Service]

[www.idop.org](http://www.idop.org) [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

[www.iirf.eu](http://www.iirf.eu) [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

[www.meconcern.org](http://www.meconcern.org) [Middle East Concern]

[www.persecutedchurch.org](http://www.persecutedchurch.org)

[www.persecution.net](http://www.persecution.net) [Voice of the Martyrs/HMK]